

Bessin: Unerlaubte Einreise, unerlaubter Aufenthalt, Einschleusungen – Das Land ist ohnmächtig gegen explodierende Zahlen!

Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Tatverdächtigen wegen unerlaubter Einreise sowie wegen des unerlaubten Aufenthalts nach unerlaubter/ungeklärter Einreise mit Tatort „Land Brandenburg“ stieg von 2.379 im Jahr 2015 auf 11.846 im Jahr 2022.¹

Die Zahl der erfassten Fälle der unerlaubten Einreise sowie des unerlaubten Aufenthalts nach unerlaubter/ungeklärter Einreise mit Tatort „Land Brandenburg“ stieg von 2.525 im Jahr 2015 auf 11.893 im Jahr 2022. Spitzenreiter sind hierbei Frankfurt (Oder) und die Landkreise Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Spree-Neiße.²

Die Zahl der erfassten Fälle des Einschleusens von Ausländern mit Tatort „Land Brandenburg“ stieg von 236 im Jahr 2015 auf 806 im Jahr 2022. Spitzenreiter sind dabei Frankfurt (Oder) und die Landkreise Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Spree-Neiße und Uckermark.³

Von März 2022 bis Dezember 2022 wurden durch die Bundespolizei 4.722 und von Januar 2023 bis Mitte September 2023 6.153 aufgegriffene Migranten der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg zugeleitet. Flüchtlinge aus der Ukraine sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Bessin, Möller und Nothing (AfD) hervor.

Hierzu erklärt die Landtagsabgeordnete Birgit Bessin (AfD):

„Brandenburg wird überrannt – die Ohnmacht der Regierung hält weiter an. Land und Kommunen ächzen unter dem Ansturm. Die irreguläre Einwanderung mit all ihren damit verbundenen Problemen wird immer unbeherrschbarer. Wir brauchen keine Reduzierung der illegalen Migration sondern deren Unterbindung. Zusätzlich ist der Verteilungsschlüssel vorübergehend auf 0 zu setzen!

Sämtliche Pullfaktoren wie Bargeldauszahlung, teilweise uneingeschränkte Heilbehandlung, Familiennachzug, Sonderaufnahmeprogramme, usw. müssen eingestellt werden. Ich erwarte von Woidke und der Landesregierung entsprechende Initiativen auf Landes- und Bundesebene.“

¹ Anlage 1 zur Antwort 7/8539

² Anlage 2 zur Antwort 7/8539

³ Anlage 3 zur Antwort 7/8539